



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
11. Juli 2022

Deutsch
Original: Englisch

Siebenundsiebzigste Tagung
Punkt 16 der provisorischen Liste*
Förderung der Frauen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen, deren Ursachen und deren Folgen

Mitteilung des Generalsekretärs

Der Generalsekretär beehrt sich, der Generalversammlung im Einklang mit Versammlungsresolution [75/161](#) den Bericht der Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen und Mädchen, deren Ursachen und deren Folgen, Reem Alsalem, zu übermitteln.

* A/77/50.

22-10838(G)

* 2210838*



Zusammenfassung

In diesem Bericht befasst sich die Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen

I. Einleitung

1. Dieser Bericht der Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen und Mädchen, deren Ursachen und deren Folgen, Reem Alsalem, wird der Generalversammlung entsprechend ihrer Resolution [75/161](#) und der Resolution [41/17](#) des Menschenrechtsrats vorgelegt. In dem Bericht untersucht die Sonderberichterstatterin die Gewalt gegen Frauen und Mädchen und ihre unterschiedlichen Ausprägungen im Kontext der Klimakrise, einschließlich Umweltzerstörung und damit verbundener Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge und -bewältigung.

II. Tätigkeit der Sonderberichterstatterin

2. Die Tätigkeiten der Sonderberichterstatterin im Berichtszeitraum sind in ihrem dem Menschenrechtsrat auf seiner fünfzigsten Tagung vorgelegten thematischen Bericht ([A/HRC/50/26](#)) enthalten.

3. In ihrem thematischen Bericht über Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen ging die Sonderberichterstatterin auf die Ursachen, Ausprägungen und Folgen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen ein und erläuterte bewährte Verfahren sowie Herausforderungen in Bezug auf den Zugang zu Justiz, Wahrheitsfindung, Wiedergutmachung und Unterstützungsdienste, die Mitwirkung a (-)62(J)(Mitwil)3(o)-5(wie)-64(Her)-6(au)-7(s)3(nQ-5(71 3m

sondern diese noch verstärkt und die Krise des Klimawandels so zu einem Problem der Klimagerechtigkeit werden lässt.¹²

9.

rung des Klimas, die aufgrund von Änderungen des Mittelwerts und/oder der Variabilität seiner Eigenschaften nachgewiesen werden kann (z. B. mit Hilfe statistischer Methoden) und die über einen längeren Zeitraum, typischerweise Jahrzehnte oder länger, andauert. Der Begriff bezeichnet jede Klimaveränderung im Zeitverlauf, gleichviel ob sie auf natürliche Schwankungen oder auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist.¹³

10. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine weit verbreitete Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, die Schätzungen zufolge einem Drittel aller Frauen in Laufe ihres Lebens widerfährt.¹⁴ Sie hindert Frauen daran, ihre Rechte und Freiheiten gleichgestellt mit Männern zu genießen, und ist mit anderen Menschenrechten verbunden und nicht davon zu trennen.¹⁵ Gewalt gegen Frauen und Mädchen umfasst jede Handlung geschlechtsbezogener Gewalt, die körperlichen, sexuellen oder psychischen Schaden oder Leid zufügt oder zufügen kann, einschließlich der Androhung derartiger Handlungen, der Nötigung oder der willkürlichen Freiheitsberaubung.¹⁶

11. Während Gewalt gegen Frauen auf der ganzen Welt vorkommt, sind Frauen, die mehrfachen Situationen der Verwundbarkeit ausgesetzt sind, wie etwa Frauen, die in Armut leben, indigenen Bevölkerungsgruppen angehören oder mit Behinderungen leben, überproportional davon betroffen. Gewalt gegen Frauen überlappt auch mit soziopolitischen und wirtschaftlichen Phänomenen wie bewaffneten Konflikten, Vertreibung und Ressourcenknappheit, was zu einer Feminisierung der Vulnerabilität führt. Damit stellt sich die wichtige Frage, wie Klimawandel und Umweltzerstörung und die zu ihrer Verhütung und Abschwächung sowie zur Anpassung daran verfolgten Strategien die Gefährdung von Frauen durch Gewalthandlungen erhöhen oder verschärfen können. Dieser Frage versucht die Sonde F17(r)-3()3/ 123.38 436.03 Tm0 C

Schwierigkeiten bei der Standardisierung, Quantifizierung und Monetarisierung von Klimafolgen und den damit verbundenen Maßnahmen befassen sich Studien nur selten mit dieser speziellen Klimafolge²⁰, was ein kulturell differenziertes und nuanciertes Verständnis des Phänomens erschwert.

13. Vor diesem Hintergrund versucht die Sonderberichterstatterin in diesem Bericht das Verständnis für den Zusammenhang zwischen der Klimakrise, der Umweltzerstörung und der damit verbundenen Vertreibung einerseits und der Gewalt gegen Frauen und Mädchen andererseits zu vertiefen. Wenn auch größtenteils nur Einzelberichte vorliegen und die Datenerhebung noch in den Kinderschuhen steckt, zeigt die Sonderberichterstatterin dennoch auf, wie unterschiedliche Gruppen von Frauen die Krise erleben und wie bestimmte Gruppen aufgrund sich überlagernder Verwundbarkeiten einem höheren Risiko ausgesetzt sind. Darüber hinaus zieht die Sonderberichterstatterin eine Bilanz zu der Frage, inwieweit die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen, die einem Gewaltrisiko ausgesetzt sind oder Gewalt überlebt haben, Eingang in klimapolitische und damit zusammenhängende Finanzierungsprozesse gefunden haben. Schließlich nennt die Sonderberichterstatterin Beispiele für Herausforderungen und bewährte Verfahren bei der Einbeziehung eines geschlechtersensiblen Ansatzes in die Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise, einschließlich beim Katastrophenmanagement.

IV. Das Völkerrecht und der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Gewalt gegen Frauen und Mädchen

14. Obwohl es kein eigens dem Zweck der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Kontext des Klimawandels gewidmetes grundlegendes Völkerrechtsinstrument gibt²¹, wird der breitere Zusammenhang zwischen Klimawandel und Menschenrechten im Rahmen internationaler Menschenrechtsmechanismen zunehmend anerkannt²², so auch in der Entscheidung des Menschenrechtsausschusses im Fall *Teitiota gegen Neuseeland*²³. In

Umweltkatastrophen, schweren und ansteckenden Krankheiten und verschiedenen Formen und dass durch Umweltzerstörung bedingte Vertreibung das Wohlergehen von Frauen beeinträchtigt.

15.

Ausschusses für Klimaänderungen aus dem Jahr 2018 enthaltene Feststellung, dass der Klimawandel eine erhebliche Bedrohung der durch völkerrechtliche Verträge geschützten Rechte darstellt. Sie wiesen darauf hin, wie die in dem Bericht angeführten nachteiligen Auswirkungen eine Reihe von Menschenrechten gefährden, darunter das Recht auf Leben, Nahrung, angemessenes Wohnen, Gesundheit und Wasser. Die Vertragsorgane gingen auch auf die erhöhten Risiken ein, denen Menschen ausgesetzt sind, die in prekären Situationen leben oder die aufgrund von Diskriminierung und bestehenden Ungleichheiten einen eingeschränkten Zugang zu Entscheidungsprozessen oder Ressourcen haben, darunter Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Angehörige indigener Völker und in ländlichen Gebieten lebende Menschen.²⁶

17. Klimaänderungen können dazu führen, dass die Betroffenen, darunter Frauen und M

24. Nach Naturkatastrophen ist körperliche Gewalt eine besonders häufige Gefahr und Realität. Studien mögen unterschiedliche Parameter anwenden, doch ein Anstieg von Gewalt nach Katastrophen, einschließlich sexueller Gewalt gegen Frauen, wurde in so unter-

(2010), dem Erdbeben 2011 in Christchurch (Neuseeland), den tropischen Wirbelstürmen in Vanuatu (2011), den Hitzewellen in Spanien (2008-2016) und den Buschfeuern in Australien (2019-2020).³⁸

25. Um ein Vielfaches größer ist die Wahrscheinlichkeit von Gewalterfahrungen, wenn Frauen und Mädchen vertrieben wurden und/oder in Notunterkünften untergebracht sind und ein Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ihren Zugang zu Melde- und Schutzmechanismen beeinträchtigt. Eingeschränkter Zugang zu sicheren Notunterkünften hält Frauen und Mädchen oft von einer Evakuierung ab, was sich in geschlechtsdifferenzierten Sterblichkeitszahlen niederschlägt.³⁹

26. Der Verlust von Existenzgrundlagen und die Verknappung von Ressourcen nach großflächigen Naturkatastrophen oder bei schleichender Umweltzerstörung zwingen manche Frauen und Mädchen dazu, sich sexuell ausbeuten zu lassen, um an Nahrungsmittel und natürliche Ressourcen wie Wasser oder Brennstoffe aus gemeinschaftlich genutzten Gebieten zu gelangen.⁴⁰ Aufgrund dürrebedingter Wasserknappheit sehen sich Frauen und Mädchen gezwungen, längere Strecken in unbekannte Gebiete oder ohne die sonst vorhandenen Sicherheitsgarantien – beispielsweise nur in Gruppen oder nur bei Tageslicht unterwegs zu sein – zurückzulegen. In einer Reihe von Ländern⁴¹ wurden Frauen beim Wasserholen sexuelle Avancen gemacht⁴² oder sexuelle Gewalt und Vergewaltigung angedroht⁴³. Aus persönlichen Einzelberichten geht hervor, dass nach Dürren die sexuelle Gewalt gegen Mädchen zunahm, da sie beim Wasserholen ungeschütztem Sexualverkehr mit älteren Männern ausgesetzt waren.⁴⁴

27. Zahlreichen Berichten zufolge werden Frauen und Mädchen beim Wasserholen und/oder Brennholzsammeln angegriffen, vergewaltigt oder psychisch misshandelt.⁴⁵ Überlebende führten die Angriffe darauf zurück, dass die jeweiligen Versorgungsstellen jetzt weiter entfernt lagen und Strom zur Beleuchtung und zum Kochen fehlte.⁴⁶ Besonders schwer wiegt, dass Frauen in diesen Situationen oft nur die Wahl zwischen mehreren

³⁸

Family Violence in Regional, Rural and Remote Communities: An Overview of Key Issues

Domestic and

Gefahren bleibt, nämlich sich möglicher Gewalt auszusetzen oder nicht einwandfreie Ressourcen wie verschmutztes oder salzhaltiges Wasser zu verwenden.⁴⁷ Frauen, die aufgrund von Vertreibung oder geplanter Umsiedlung in Metropolen, Städte oder stadtnahe Gebiete ziehen, riskieren zudem sexuelle Gewalt und sind neuen Gefahren und opportunistischer Gewalt ausgesetzt, weil dort kaum sichere Unterkünfte, Arbeitsplätze und Schutzmechanismen vorhanden sind.⁴⁸

28. Zu sexueller Gewalt kommt es auch dann häufig, wenn Bauern, Händler, Landbesitzer oder Amtspersonen Frauen zu Sex im Austausch gegen Nahrungsmittel⁴⁹, sonstige Güter des Grundbedarfs oder Zugang zu Grund und Boden⁵⁰ für die Nahrungsmittelproduktion zwingen.⁵¹ In einigen Gemeinden am Viktoriasee haben der Rückgang der Fischbestände -Systems geführt, bei dem Fischverkäuferinnen dazu gezwungen werden, die Ware mit sexuellen Diensten anstatt mit Geld zu bezahlen.⁵²

29. Die Rohstoffwirtschaft, Unternehmungen im Energie- und Produktionsbereich, der kommerzielle Holzeinschlag und die auf Extraktion basierende Energiegewinnung haben negative, geschlechtsspezifische und oft gewaltsame Auswirkungen. Die in diesen Bereichen tätigen Arbeitskräfte sind überwiegend männlich, stammen nicht aus der Region und haben keine Bindungen zur lokalen Bevölkerung. Im Umfeld dieser Wirtschaftszweige sind außerdem von Männern dominierte private Sicherheitsunternehmen tätig, die unabhängig von staatlichen Ordnungs- und Rechenschaftsmechanismen agieren.⁵³ Diese Gemengelage schafft Raum für opportunistische sexuelle Gewalt, für die kaum jemand zur Rechenschaft gezogen wird.⁵⁴ Indigene Frauen sind noch ungeschützter, weil Territorial- und Zuständigkeitskonflikte Rechtslücken entstehen lassen und so dafür sorgen, dass das Problem im Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen untergeht.⁵⁵

30. An Orten, an denen Vertriebene untergebracht sind, und im Verlauf von Naturkatastrophen kann das Risiko für Frauen und Mädchen, Opfer von Menschenhandel zu werden, auf 20 bis 30 Prozent ansteigen.⁵⁶ Gründe dafür sind der Zusammenbruch von Rechtsdurch-

wurden Frauen und Mädchen in den Philippinen nach dem Taifun Haiyan im Jahr 2013
Opfer von Menschenhandel⁶⁰

übergreifende Armut, was eine Form schwerer wirtschaftlicher Gewalt darstellt.⁷⁶ In ländlichen und von der Landwirtschaft abhängigen Gebieten übernehmen Frauen in der Regel einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Haushaltsarbeit, wie Putzen, Sammeln von Brennstoffen, Wasserholen, Lebensmitteleinkauf und Kochen. Durch den Klimawandel werden diese Aufgaben noch arbeitsintensiver und schwieriger, was die wirtschaftliche Belastung der Frauen verstärkt und es ihnen erschwert, wirtschaftlich eigenständig zu werden.⁷⁷

38. Frauen droht der Verlust ihrer Existenzgrundlagen, wenn durch Projekte in den Bereichen Rohstoffabbau, Energiegewinnung und Produktion die Ressourcen, die Frauen für ihre Ernährung und ihr Einkommen brauchen, erschöpft und geschädigt werden, insbesondere da mehr Frauen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft beschäftigt sind.⁷⁸ Wo die Agrarindustrie und die Garnelenzucht Gebiete mit entsprechenden Ressourcen monopolisiert, Wasserquellen verschmutzt und die Grundpacht erhöht haben, haben sich Frauen gezwungen gesehen, den Verpächtern sexuelle Dienste anzubieten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und die Pachterhöhungen abzufangen.⁷⁹

39. Die sich überlagernden klimabedingten und strukturellen Ungleichheiten, die das ohnehin bestehende geschlechtsspezifische Gefälle beim Eigentum an Grund und Boden und der Verfügungsgewalt darüber noch weiter verzerren, verschärfen die Spirale der Entmündigung von Frauen. Im globalen Süden ist die Landwirtschaft der für die Beschäftigung von Frauen wichtigste Sektor, doch obwohl Frauen unverhältnismäßig stark von Grund und Boden abhängig sind, um ihre Ernährung und ihren Lebensunterhalt zu sichern, machen sie weltweit weniger als 15 Prozent der Eigentümer landwirtschaftlicher Flächen aus.⁸⁰ In Familien ist gemeinsames Vermögen häufig so eingetragen oder beurkundet, dass Männer bevorzugt sind. Daraus ergeben sich Folgewirkungen in dreierlei Hinsicht. Erstens haben Frauen weniger Mitbestimmungs- und Mitspracherechte darüber, wie eine durch Klimaänderungen bedingte Ernährungsunsicherheit verringert oder bewältigt werden kann.⁸¹ Zweitens wächst angesichts der Verknappung fruchtbaren Grund und Bodens und der steigenden Nachfrage danach die Gefahr, dass Frauen Opfer von Zwangsräumungen und Enteignungen werden. Drittens sind Frauen, soweit es ihnen an entsprechenden Informationen mangelt, als Nutzerinnen, jedoch nicht Eigentümerinnen von Grund und Boden meist von Anpassungsmaßnahmen wie der Diversifizierung der Existenzgrundlagen oder der Klimafinanzierung ausgeschlossen.⁸²

40. Die Möglichkeiten von Frauen, ihre klimawandelbedingte Verwundbarkeit zu verringern, werden dadurch weiter beschnitten, dass sie weniger Zugang zu Bankkonten und formellen Finanzierungsquellen haben.⁸³ Infolgedessen sind Frauen in einem Kreislauf einander verstärkender Faktoren wie Ausgrenzung, wirtschaftliche Marginalisierung, Ernährungsunsicherheit und Gewalt gefangen und sind weniger dafür gewappnet, Gewaltsituationen zu vermeiden oder zu umgehen.

⁷⁶

⁷⁷

⁷⁸

verschärft. In ländlichen Gebieten in Honduras werden Frauen Berichten zufolge zur Existenzsicherung in die Fischereiwirtschaft gezwungen, wo sie nach wie vor schlechter bezahlt werden als Männer.⁹¹

45. Wenn Programme zur Anpassung an den Klimawandel nicht inklusiv oder geschlechtergerecht sind, kann das die Möglichkeiten der Existenzsicherung für Frauen beeinträchtigen. Da der Großteil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte Frauen sind, können Initiativen zur Förderung von Technologie, Mechanisierung und Automatisierung zu ihrer Ausgrenzung führen. Es gilt daher, bei der Anpassung traditioneller Agrarmethoden und -technologien zur Vermehrung klimaresilienter kommerzieller Nutzpflanzenarten, Frauen stark in die Planung einzubinden und dabei einen transformativen Ansatz zur Gleichstellung der Geschlechter im Auge zu behalten.

46. Wirtschaftliche Belastung, der Verlust von Existenzgrundlagen und Ernährungsunsicherheit fördern negative Bewältigungsmechanismen wie Zwangsheiraten und schädliche traditionelle Praktiken wie die Verstümmelung und Beschneidung weiblicher Genitalien.⁹²

Sterblichkeitsraten.¹¹⁷ 70 Prozent der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, 60 Prozent der an chronischem Hunger Leidenden und die Mehrzahl derjenigen, deren Existenzgrundlagen von der ländlichen Agrarwirtschaft abhängen, sind Frauen. Da Frauen oft auf volatile, vom Klima abhängige natürliche Ressourcen angewiesen sind, treffen externe Faktoren wie Dürre, Biodiversitäts- und Lebensraumverlust, Landverödung, extreme Wetterereignisse und das Ansteigen des Meeresspiegels und der Temperaturen sie besonders hart, wenn diese geschlechtsdifferenzierten Auswirkungen auch nicht immer sichtbar sind.

geschlechtsspezifischer Gewalt und der Verbesserung der Teilhabe der Frauen.¹³² Die bei der Pazifischen Partnerschaft für Resilienz angesiedelte technische Arbeitsgruppe für Lokalisierung rückt außerdem lokal verankerte und von Frauen geleitete Initiativen in den Vor-

dem Rahmenübereinkommen zu reisen.¹⁵² 2021 wurde mit einem Frauenanteil von 49 Prozent an den Parteidelegationen die Geschlechterparität nur knapp verfehlt; dennoch waren 60

XI. Empfehlungen

75. Frauen und Mädchen sollten in den Mittelpunkt der Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung daran gerückt werden. Die Staaten sollten daher weiter mit Vorrang geschlechtergerechte rechtliche und institutionelle Rahmenwerke gegen geschlechtsspezifische Gewalt, auch beim Kampf gegen den Klimawandel, beschließen und umsetzen. Alle Interessenträger sollten sektorübergreifende Maßnahmen als grundlegende Voraussetzung für Katastrophenvorsorge und -resilienz unterstützen und stärken und zu diesem Zweck integrierte Maßnahmen zur Öffnung des Zugangs zur Versorgung im Bereich der reproduktiven und sexuellen Gesundheit sowie zu rechtlicher und psychosozialer Unterstützung in den betroffenen Gebieten treffen.

76. Alle Interessenträger sollten dafür Sorge tragen, dass der geschlechtsspezifischen Gefährdung durch Klimaänderungen und Katastrophen auf umfassende Art und Weise begegnet und dabei berücksichtigt wird, wie die Geschlechterdimension sich mit anderen Aspekten von Machtbeziehungen und Identität überschneidet.

77. Die Staaten und das System der Vereinten Nationen müssen sicherstellen, dass

oder Naturgefahren einen Anspruch auf Schutz haben, Zugang zu gerechten und effizienten Verfahren zur Feststellung ihrer Flüchtlingseigenschaft und ihres Bedarfs an internationalem Schutz, auch aus mehrfachen Gründen, erhalten. Die Staaten werden außerdem ermutigt, temporäre Schutzvorkehrungen oder pragmatische Regelungen zu treffen, um denen Schutz zu bieten, die aufgrund von Klimawandel, Umweltzerstörung oder Naturgefahren vertrieben wurden.

88. Alle Interessenträger sollten das Verständnis der Verknüpfung zwischen Gewalt gegen Frauen einerseits und Konflikten und Klimawandel andererseits vertiefen und zu diesem Zweck die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit und die diesbezüglichen nationalen Aktionspläne überprüfen und sicherheitsbezogene Risiken bewerten.

89. Die Staaten sollten sicherstellen, dass Frauen und Mädchen, insbesondere diejenigen, die aus sich überlagernden Gründen ausgegrenzt und diskriminiert werden, Zugang zu Umweltbildung sowie barrierefrei zugängliche Informationen über Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung daran erhalten, insbesondere auch zu der Frage, wie sie selbst teilhaben können, wie sie nach Naturkatastrophen Schutz und Hilfe bekommen und wie sie Zugang zu Rechtsbehelfen erhalten, wenn sie durch Handlungen oder Unterlassungen beim Kampf gegen den Klimawandel Schaden erleiden. Ein solcher Ansatz erfordert bewusste Anstrengungen mit dem Ziel, den Zugang und die Beiträge zu den Informationsgrundlagen zum Klimawandel sowie die digitale Kompetenz von Frauen und Mädchen zu verbessern.
